

# Auer Tageblatt

**Reaktionen** nehmen die Rautodogen und ihr zweitgrößtes Abkömmling an, d.h. - Offiziant wechselt. **Reaktionssatz** - Rautodogen Nr. 20.

# Anzeiger für das Erzgebirge

**Reparaturpreise für Reifenreparaturen**  
**Reparatur für Reifen aus Rau und**  
**Umgebung ab Goldmark, sonst**  
**währlg. Preisen ab Goldmarken.**  
**Kettenspannpreise ab Goldmarken,**  
**sonstlge. Kette ab Goldmarken.**

**Telegramm: Egerland 'Rauswurfsiegel. Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Eger.**

No. 18

Dienstag, den 22. Januar 1921

19 Tabrano

## Stresemann gegen die Vorwürfe Poincares. Eine Rede vor den Berliner Pressevertretern des Auslandes.

In der Kreisgestaltung der Reichtumserziehung ist

In der Abschließung der Beleidigung fand auf Einladung des Preßebuch ein Klängen der ausländischen Presse statt. Die in Berlin tätigen Vertreter der ausländischen Presse waren der Einladung fast vollständig gefolgt. Außerdem waren der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Reichstagsausschusses und eine große Anzahl von hohen Beamten des Reiches erschienen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ministerialdirektors Dr. Spieder nahm der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stremann das Wort. Nach einleitenden Worten kam er auf die Tätigkeit der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen auf Schäffle zu sprechen und führte etwa folgendes aus:

Die ganze politische Welt blide mit grossem Interesse auf die Arbeiten dieser Ausschüsse die berufen seien, eine Lösung der seit Kriegsende schwer auf Europa lastenden Reparationsfragen zu finden. Es verstehe sich von selbst, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits alles tun werde, um den Ausschüssen ihre Tätigkeit zu erleichtern. Sie werde es besonders begrüthen, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kämen, um sich an Ort und Stelle ein Urteil über die Lage Deutschlands und über die Ursachen seiner Not zu bilden. Wir hoffen, so fuhr der Minister fort, daß es dann ohne Verzögerung gelingen wird, die Vorschläge der Ausschüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe, die den Regierungen obliegt, könnte wirksam gefördert werden durch ein Ergebnis des Meinungsaustausches mit Paris und Brüssel. Über sein bisheriges Ergebnis läßt sich im Augenblick wenig sagen, da es sich noch im ersten Stadium befindet und die

da er sich noch im ersten Stadium befindet und wir übereingekommen sind, den Wortlaut der zuletzt ausgetauschten Memoranden nicht zu veröffentlichen. Ich verrate aber wohl sein Geheimnis, wenn ich sage, daß die französische und die belgische Antwort auf die von uns angeschnittenen technischen Fragen uns manche Enttäuschung bereitet haben. Warum richtet der französische Ministerpräsident gegen Deutschland Vorwürfe von denen er sich selbst sagen muß, daß sie unschwer zu entkräften sind? Es ist mir unverständlich, wie uns als Vorwurf vorgehalten werden kann, daß wir bestrebt seien, unseren Einfluß in den besetzten Gebieten wieder zu erringen. Selbstverständlich verfolgen wir dieses Ziel, dessen Legitimität niemals strittig sein kann. Dies zu verweigern oder gar als eine Art von Heimtücke hinzustellen, ist unvereinbar mit den wiederholten Zusicherungen des französischen Herrn Ministerpräsidenten, er denke nicht daran, deutsches Gebiet zu annexieren oder unter französischen Einfluß zu bringen. Es ist unvereinbar auch mit der gleichfalls wiederholten Zusicherung der französischen Neutralität gegenüber innerdeutschen Fragen. Wenn der französische Herr Ministerpräsident versichert, daß Frankreich nichts getan habe, um die deutsche Reichseinheit zu zerstören, und daß Frankreich insbesondere der Pfälzer Bevölkerung vollkommene Freiheit lasse so sprechen demgegenüber die Tatsachen leider eine andere Sprache. Die Politik des Herrn General de Meg hat die treudeutsche Bevölkerung der Pfalz der Herrschaft einer separatischen Mäulerbande ausgeliefert, deren Treiben eine europäische Kulturschande bedeutet. Das Ergebnis der interalliierten Enquête, auf die sich der französische Ministerpräsident bezogen hat, dürfte auch ihm nun vorliegen. Ich kann es mir daher ersparen, hier auf das erdrückende Beweismaterial einzugehen, das in allen Punkten zugunsten der deutschen Sache spricht. Steich und Bahern blicken in dankbarer Bewunderung auf die Pfälzer Bevölkerung, die dort auf einsamem Vorposten unter den schwierigsten Verhältnissen treu zum Reichsfahrt. Sowohl ausländische Journalisten Gelegenheit genommen haben, mit ihren in der Pfalz tätigen Kollegen persönlich in Fühlung zu treten, werden sie einen Eindruck davon erhalten haben, wie schwer gerade die Presse unter dem furchtbaren Gewissenhaftwo und den täglichen Bedrohungen der Separatisten zu leiden hatte. Wir hoffen, nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl der ausländischen Pressevertreter zu appellieren wenn wir Sie bitten, sich mit uns dafür einzusezen, daß der Vergewaltigung der Meinungsfreiheit im besetzten Gebiet ein Ende gemacht und die Pressefreiheit die elementarste Voraussetzung und Grundlage freien Verfassungslebens und moderner Bildung, im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird.

Sie darf zum Schluß noch mit ein paar Worten auf einige Eingelpunkte eingehen, die der französische Herr Ministerpräsident in seiner Rede beschürt hat. Er behauptete, daß Deutschland an einer Reihe alliierten Staaten Nachlässe und Sonderrechte habe, die diese

aber nur getan habe, um für sich die dortigen Umsatzmärkte zu erobern. Diese Behauptung ist unbereinbar mit der Tatsache, daß nach dem in den bekannten Wiesbadener Umdmachungen vorgesehenen Verfahren die Initiative beim Abschluß von Sachlieferungsverträgen ausschließlich bei den Alliierten liegt, die den Gegenstand des Vertrages zu bestimmen haben. Deutschland hat auf die Auswahl der Lieferungen keinerlei Einfluß. Frankreich hätte genau so gut wie andere Allierte von dem Wiesbadener Verfahren Gebrauch machen können es hätte im Jahre 1922 Sachlieferungen im Werte von rund 950 Millionen Goldmark erhalten können. Tatsächlich hat Frankreich von diesen Lieferungen nur einen ganz geringen Bruchteil beansprucht, und zwar allein deshalb weil die französische Industrie die in einem weiteren Maße deutlicher Lieferungen liegende Konkurrenz der deutschen Industrie fürchtete.

Ein weiterer Vorwurf des französischen Herrn Ministerpräsidenten bezieht sich auf das Abkommen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der französischen Regie in den besetzten Gebieten. Tatsächlich hat die Reichsbahnverwaltung seit der Ausgabe des passiven Widerstandes 87 000 offene Güterwagen mehr gestellt, als von der Regie zurückerlangt worden sind. Was die von dem französischen Herrn Ministerpräsidenten erwähnten Lokomotiven betrifft, so hat die Regie selbst von uns bisher nicht 800, sondern nur 300 Lokomotiven gefordert. Nach den erwähnten Abmachungen war selbst diese Forderung nicht berechtigt, da die Regie mit den in ihren Händen befindlichen 3723 deutschen Lokomotiven bereits über mehr Lokomotiven verfügt, als bei dem jetzigen Stande der Verhältnisse erforderlich sind.

Die Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten stellt es als einen Angelpunkt der französischen Politik gegenüber Deutschland hin, daß Deutschland ohne Festhaltung des Pfandes an Rhein und Ruhr zu einer letzten Reparationsleistung zu bewegen sei und daß andere von Deutschland zustellende Pfänder nicht zur Auslösung, sondern nur zur Verstärkung jenes Pfandes dienen dürften. Das Gegenteil ist der Fall. Solange die deutsche Wirtschaftseinheit nicht wiederhergestellt ist ist auch eine deutsche Reparationsfähigkeit nicht gegeben.

### **Französische Schreibungen in Ruheerzeugnissen.**

In einer der letzten Unterbausitzungen hatte Bloch George darauf verwiesen, daß die im Ruhrgebiet beschlagnahmten metallurgischen Produkte in der ungeheuerlichsten Weise verschleudert wurden. In Paris hatte man daraus hin eine offizielle Note veröffentlicht, um die Behauptungen Bloch Georges zu entkräften. Das „Journal des Débats“ hat aber nun den Mut in dankschönwürter Weise die von Bloch George erwähnten Tatsachen nicht nur zu bestätigen, sondern auch Entschuldigungen zu machen, die großes Aufsehen erregen müssen. Man hatte den Militärintendanten Roug der sich vor der Ruhrbesetzung mit der Übernahme des von Deutschland an Frankreich zu liefernden Viehs beschäftigte weil man für ihn keine andere Verwendung hatte nach Düsseldorf entlaufen, damit er metallurgische Produkte beschlagnahme. Dies tat er mit Eifer, und um die Kosten seiner Tätigkeit zu decken, verkaufte er, was ihm in die Hände fiel, im ganzen 286 000 Tonnen, die in die Hände französischer Schieber wanderten. Diese bezahlten nicht in bar, sondern mit dem vom französischen Staat den Bewohnern der zerstörten Gebiete ausgestellten Gutscheinen, die loszuwerden die Geschädigten allen Unrat haben, weil sie wissen, daß sie auf die Einlösung durch den französischen Staat jahrelang warten müssen. Mit diesen Gutscheinen wird seit Jahren ein schwunghafter Handel getrieben. Man kaufte sie den Geschädigten um 80 Prozent des Wertes ab, und da nun Gelegenheit war, für diese Gutscheine metallurgische Produkte aus dem Ruhrgebiet zu bekommen, so war für die Schieber vom bovenher ein Gewinn von 40 Prozent gesichert, nämlich jener Betrag, den sie den Geschädigten weniger ausgezahlt hatten. Außerdem erlangten sie die Produkte des Ruhrgebietes zu billigen Preisen, so daß einer der Schieber einen Gewinn von 800 000 Franken einstreichen konnte. Der französische Staat selbst kam natürlich nicht in den Besitz von Geld, sondern in den von Gutscheinen, die er selbstverständlich nicht verwerten kann. Da aber die französischen Geschädigten Eisen- und Stahlwaren aus dem Ruhrgebiet brauchten, nahm man diese deutschen Materialien den Händlern in Mannheim und Karlsruhe und zwar dieselben Waren, die sie in Augsburg oder Bochlingen gekauft hatten. Es versteht sich, daß unter anderen die Handelskammer von Augsburg darunter kundtun wird.

**158** Über die Generationswechsel in der Pfalz

**Clive über die Separatistinbewegung in der Pfalz.**  
Das im Unterhaus vom Unterstaatssekretär Mac Neill verlesene Telegramm von Clive über die separatistische Bewegung besagt: 75 % der Separatisten sind von außerhalb der Pfalz gekommen, sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die tatsächlich unerfahren sind in den Geschäften einer Steglerung. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Los-trennung von Bayern zurück. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber.

In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen ArbeiterInnen besteht Neigung für die Schaffung eines zentralen Staates unter Einschluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein sollte. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine militärische Politik von Berlin und München. Die Loyalitätsserklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die in einer Reihe von Fällen unter Drohungen erlangten Unterzeichnungen können die Annahme nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.

## Der Grund für Englands Haiderpolitik.

Gegenüber einer Kritik des Arbeiterabgeordneten Thomas an der schwachen Politik der Regierung in ihren Beziehungen zu Frankreich verteidigte diese der Schatzkanzler damit, daß eine andere Politik zu einem Kriege geführt hätte. Die Regierung habe Frankreich wiederholt gesagt, daß sie das Ruheabenteuer nicht billige. Wenn sie ihre Misbilligung aber noch vielmehr unterstrichen hätte, hätte es zu einem Kriege führen müssen. „Wir haben alle den Wunsch, einen Krieg zu vermeiden. Über es kann ein Zeitpunkt kommen, wo jede Nation zu entscheiden hat, ob sie darauf verzichten will, daß andere Leute ihre Ansicht annehmen, oder ob sie sich für die einzige Alternative entscheiden will, die Krieg heißt. Es steht daher Thomas, der gegen Krieg unter allen Umständen ist schlecht an, der Regierung vorzuwerfen, daß sie keinen Schritt getan habe, der unfehlbar zum Kriege hätte führen müssen.“

#### **Die feindliche Verkehrsblockade über Köln.**

Die französische Verteidigungsmauer über Köln.  
Unverschämteste Herausforderung der britischen Autorität.  
Die „Daily News“ veröffentlicht einen Artikel des Generalmajors Sir Henry Maurice, in dem die Maßnahmen der französisch-belgischen Eisenbahnregie gegen die britische Zone eine offene Kriegserklärung der Regie und die Blockierung der britischen Zone genannt wurden. England habe schon sehr lange leiden müssen. Über es gebe Grenzen. Es müsse auf der Kurusiedlung her fraglichen Verfüllung der Regie bestehen und darauf, daß Waren, die nach dem Kölner Gebiet gehen und von dort kommen, unter allen Umständen ebenso angenommen werden, wie Waren, die von der Regie in der französischen Zone empfangen und aufgestellt werden. In einem Letzterteil bezzeichnet die „Daily News“ die Blockierung der britischen Rheinlandzone durch die französische Regie ebenfalls als die bisher direkteste und unverschämteste Herausforderung der britischen Autorität in zentral-europäischen Angelegenheiten, die die britische Regierung auf keinen Fall dulden dürfe. Die Unwesenheit der Engländer in Köln sei die einzige noch bestehende Garantie gegen die hinterlistigen Pläne der Franzosen das Rheinland vom Reich loszulösen und einen großen Teil Europas schließlich in Terror zu stürzen.

**Erfordert für einen ausländischen**

Man hört von zuverlässiger Stelle, Dr. Schacht würde ausdrücklich betonen, daß Deutschland gut Stützung seiner Währung eine Unleihe von wenigstens einer Milli-

Ursprünglich ging der Plan des Reichskanzlers dahin, daß eine Anleihe von wenigstens fünf Milliarden Goldmark notwendig wäre, aber nach seiner englischen und holländischen Reise kam er zu der Erkenntnis, daß mehr als eine Milliarde sich kaum werde aufbringen lassen. Die Chicago Tribune zufolge sind übrigens die amerikanischen Sachverständigen geneigt, für die Gewährung einer Anleihe von einer Milliarde zu stimmen. Von französischer Seite wird man natürlich Schwierigkeiten machen, sofern nicht der größere Teil der Anleihe den Franzosen für Reparationszwecke zugeführt werden sollte.

Wieder über die Welle wird über die Reichseisenbahnen  
ausgesprochen werden, wahrscheinlich auch über die Schaffung

verschiedener Monopole, darunter eines Tabak- und Alkoholmonopole, vielleicht sogar eines Elektrizitätsmonopole, die hauptsächlich zu Reparationszwecken herangezogen werden sollten. Endlich wird der Reichsbankpräsident über die Rentenbank eingehende Auskünfte geben.

Gegenwärtige Beschlüsse werden in Paris kaum gefasst werden. Das Sachverständigenkomitee will erst in Deutschland genau Kenntnis über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage verschaffen.

### Die Regierung gegen die freie Lohnregelung.

In der Berliner Presse wird ein Schreiben veröffentlicht, das der zuständige Referent des Reichsfinanzministeriums für Besoldungsfragen, Geheimrat von Schleben, an den Reichsarbeitsminister und an den Reichswirtschaftsminister gerichtet hat und das sich mit den Unterschieden der Löhne und Gehälter für Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden gegenüber den Löhnen und Gehältern in der Privatindustrie beschäftigt. In diesem Schreiben wird gefragt, ob eine Möglichkeit bestehe, daß eine Angleichung der Gehälter in diesem Falle, also zum Teil eine Herabsetzung der Gehälter und Löhne in der Privatindustrie durch Abschaltung der Schiedspruchstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums erfolgen könnte und in diesem Falle direkt der Erlass einer Verordnung vorgeschlagen, die Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums unterbinden soll, die im ihrem materiellen Inhalt über die Löhne und Gehälter des Reiches hinausgehen.

Dieses Schreiben wird nun von offiziöser Seite dahin ausgelegt, daß die Regierung an sich der freien Lohn- und Gehaltsbildung in der Privatindustrie kein Hindernis entgegenstellen wolle, doch sie aber keine Schiedsprüche über die vom Reiche gezahlten Löhne und Gehälter hinaus auslassen könne, da der Staat nicht auf der einen Seite seinen Angestellten und Arbeitern niedrigere Löhne zahlen und auf der anderen höhere der Privatindustrie funktionieren könne. Das stehe auch in Widerspruch zu den Bestrebungen der Regierung, eine bessere Lebenshaltung der Angestellten und Arbeiter sowohl des Reiches als auch in der Privatindustrie durch Senkung des Preisniveaus statt durch Erhöhung der Löhne und Gehälter herzustellen.

Zu diesem bedecklichen Vorstoß des Finanzministeriums führt sich die gesamte Presse, je nach dem Parteistandpunkt, durchweg in durchaus abfälliger Weise. Der "Vorwärts" glaubt bereits, in dem Kampfe gegen eine solche amtliche Lohnverhandlungs-politik eine allgemeine Wahlparole zu entdecken.

### Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung, die am Donnerstag im Reichstage stattfand, wurde die politische Lage mit allen Einzelheiten durchgesprochen. Nach mehrstündiger Debatte wurden dann für die drei Hauptgebiete des politischen Interesses folgende Resolutionen gefaßt:

1. Die Reichstagsfraktion der USPD beantragt den Vorstand der Fraktion, erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der militärische Ausnahmezustand abschafft aufgehoben wird.

Die Fraktion beantragt den Fraktionsvorstand, den Reichstag ein Ausführungsrecht zu Artikel 48 der Reichsverfassung so rechtmäßig vorzulegen, daß diese Vorlage noch vor Ablauf der Legislaturperiode erledigt werden kann.

Die Fraktion beantragt den Fraktionsvorstand, je nach dem Gang der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages namens der Fraktion zu beantragen.

2. Der Fraktionsvorstand wird ersucht, bei der Regierung nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß trotz der notwendigen

Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen die logistischen und kulturellen Aufgaben des Reiches in seiner Linie erfüllt werden müssen, wie es in der Entschließung des Reichstages vom 10. Oktober 1923 bereits zum Ausdruck kommt.

3. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß durch die in der zweiten Steuer-Maßverordnung getroffenen Maßnahmen das bisherige Steuerunrecht nicht beseitigt worden sei. Zu den einzelnen Punkten der dritten Steuerverordnung fordert die Fraktion noch folgendes:

a) Aufwertung von Geldforderungen nicht zugunsten der privaten Gläubiger, sondern zugunsten der Allgemeinheit zwecks Sicherung der Stabilität der Währung.

b) Ein Teil der ausstehenden Beträge ist zur Schaffung weitreichender Fürsorgemaßnahmen für die durch die Geldentwertung geschädigten Besitzer von Forderungen zu verwenden, soweit sie sich in bedrohter Lage befinden.

c) Erhöhung der Mieten darf nur schrittweise erfolgen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist ein gesetzlicher Schutz des Minimallohnes gegen Senkung durch die Mietpreiserhöhung einzuführen.

d) Erhaltung der Reichsfinanzverwaltung bei der Neugestaltung des Haushaltsgleiches. — Überlassung einzelner Einnahmegruppen an die Länder und Gemeinden.

### Komplott gegen General von Seekt.

Das Berliner Polizeipräsidium hat einen der Hintermänner des in Untersuchungshaft befindlichen Thormann, der das Attentat auf den General v. Seekt plante, ausfindig machen können, sodass die Verhaftung eines noch immer in einem geheimnisvollen Dunkel gehüllten "Dr. G.", der eine Hauptrolle bei dem verbrecherischen Vorhaben gespielt haben soll, in Augsburg durch bayrische Polizeibeamte vorgenommen werden konnte. Der Festgenommene wird jetzt durch Berliner Strafbeamte nach Berlin geschafft, wo er sofort vernommen werden wird. Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis hat allen Ernstes der Plan bestanden, und ist seit längerem vorbereitet worden, den General von Seekt zu beseitigen. Wie jetzt feststeht, ist Thormann zusammen mit "Dr. G." nach Berlin gekommen. Wer "Dr. G." eigentlich ist, wird sich vermutlich auch feststellen lassen, wenn die Berliner polizeiliche Polizei den fest Verhafteten zu Gesicht bekommen hat. Es scheint, daß dieser "Dr. G." leinerzelt Thormann vorgeschoben hat, um sich dann im Dunkeln zu halten. Der im Untersuchungsgefängnis befindliche Thormann versucht jetzt, die Hauptschuld auf den Herrn abzuwälzen, der dem Hauptmordplan mit scheinbarer Bereitwilligkeit nähertrat, um ihn zur Kenntnis der Polizei zu bringen.

Der geheimnisvolle Dr. G., der steckbrieflich gesuchte und in München verhaftete zweite Beteiligte an dem Komplott gegen General von Seekt in Berlin, der Komplize des Thormann, ist nach Meldung der in Augsburg erscheinenden "Schwäbischen Volkszeitung" der als fanatischer Nationalsozialist bekannte Fabrikbesitzer Dr. Georg Grandel in Augsburg.

**Ein Pressekandal.** In Köln ist es zu einem großen Pressekandal gekommen. Das "Kölner Tageblatt" tritt nämlich seit einiger Zeit offen für die Separatisten und für die Franzosen ein. Die Redakteure des Blattes sind daraufhin aus dem Verbande Kölner Presse ausgeschlossen worden. Das schamvolle Verhalten erregt allenfalls großes Unbehagen, sogar in den Kreisen der englischen Besatzungsoffiziere.

### Von Stadt und Land.

Mittwoch, 22. Januar.

**Zum Volksbegehren des Landeskonsortiums.** Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei gibt folgendes bekannt: Nach Paragraph 1 Absatz 2 des Gesetzes über Volksbegehren und

Vollzugsrecht vom 8. März 1921 kann das Gesamtministerium bei dem Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens von der Belehrung der Unterstufe von 1000 Stimmberechtigten absehen, wenn der Vorstand einer Vereinigung des Antrags stellt und glaubhaft macht, daß 20 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder den Antrag unterstützen. Der von dem Landesarbeitsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsen am 4. dieses Monats gestellte Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens über Auflösung des Landtages läßt es zweifelhaft, ob damit den gleichen Vorabesetzungen entsprochen ist. Der Landesarbeitsausschuß ist deshalb aufgefordert worden, den Nachweis zu führen, daß er die Eigenschaft des Vorstandes einer Vereinigung im Sinne des Gesetzes besitzt.

**Dr. Dibelius gestorben.** Am Sonntagvormittag ist das fröhliche langjährige Haupt unserer Landeskirche, Oberhofprediger und Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums Dr. Dr. Franz Dibelius in Dresden im Alter von 77 Jahren gestorben. Nicht weniger als 28 Jahre lang, von 1884 bis 1910, wirkte er als Stadtsuperintendent in Dresden und Pastor an der Kreuzkirche. Bedeutende Führer erfuhr durch ihn auch eine Reihe christlicher Freiwerke, so der Gustav-Adolf-Verein, die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich, die Verbreitung christlicher Schriften. 1894 wurde er zum Oberkonsistorialrat ernannt. In der Landeskirche vertrat er den zweiten Wahlbezirk. 1910 als Oberhofprediger an die erste geistliche Stelle der sächsischen Landeskirche berufen und zugleich zum Vizepräsidenten des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums ernannt, hat er vor allem durch die Wiederaufnahme der Generalkirchenvisitation in den Ephoratädten das kirchliche Leben in unserem Lande wirksam beeinflusst. Seines Aufstandes konntz D. Dibelius sich nicht lange erfreuen.

**Neue Fahrpreise für Zeit-, Wochen- und Monatskarten.** Wie die Personentarife mit dem 1. November auf Goldmark umgestellt wurden, waren die Gehälter und Löhne noch nicht auf Goldmark-Basis aufgebaut. Um dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf die Goldrechnung umzustellen, war der Preis für die Zeitkarten, Arbeiterrabatkarten und Schülerfahrtkarten vorläufig um 50 Prozent erhöht worden. Nachdem nunmehr der Grund wegfallen ist, der zur vorübergehenden Herabsetzung geführt hatte, soll die Rostandsmaßnahme mit Ablauf dieses Monats außer Kraft treten. Der Rostandsaufschwung hinaus sollen die Fahrtkartenpreise eine geringfügige Erhöhung erfahren.

**Umtausch der kleinen Schapanwellungen in Rentenmark.** Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Vor dem Angebot, die kleinen Stücke auf Gold-Mark lautenden Schapanwellungen des Deutschen Reiches für 1923 (Goldanleihe) im Abschiffen bis zu fünf Dollar gleich 21 Prozent Gold im Januar zum Umtausch in Rentenmark bei den Reichsbanknoten anzunehmen, ist bisher nur in ganz geringem Umfang Gebrauch gemacht worden. Das ist durchaus verständlich, da die kleinen Stücke Goldanleihe als Zahlungsmittel im Umlauf sind und gleichwertig mit der Rentenmark in Zahlung genommen werden. Entgelte zum Umtausch werden aber der Rücksicht entsprechend noch bis zum 31. Januar entgegengenommen. Der Umtausch in Rentenmark erfolgt bei den Reichsbanknoten, nachdem die Reichsschuldenverwaltung die eingereichten Goldanleihen gepackt hat.

**alte Goldmünzen und ihre Gültigkeit.** Wie mitgeteilt wird, sind die alten Kupferspfennige und Kupferweisspfennigstücke wieder als gelegentlich Zahlungsmittel gültig. Ungültig sind bis jetzt noch die Nickelmünzen; ebenso natürlich auch die Münzen aus Eisen. Die alten Banknoten haben lediglich Papiergegelt. Die Silbermark wird nach Kurs bezahlt; man erhält für eine Silbermark gegenwärtig 40 Rentenpfennig.

**Hölle Reichsbanknoten zu 10 Billionen Mark der ersten Ausgabe vom 1. November 1923 sind im Umlauf.** Vor Annahme wird gewarnt und darauf hingewiesen, daß das Papier

## Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Böhlke.

(Fortsetzung.)

In dem Augenblick trat Frau Bantes herein. Friederike eilte ihr entgegen: „Wissen Sie, Mamachen, wie der Herr Kommandant heißt?“

Das Unütz der Frau Bantes ward von einem milden Rot überslogen. Sie sagte sanft lächelnd: „Georg Waldrich.“

„Wie, Mamachen, Sie wußten es und verschwiegen es?“ fragte Friederike, die sich noch immer nicht von ihrer Überraschung erholen konnte, und nun den hochgewachsenen Kriegsmann im Heerskleide mit dem schlitternden Schulterknopf der Vorzeit verglich. „Ja, wahrhaftig,“ sagte sie, „er ist es. Wo ich auch nur meine Augen habe! Da hat er ja noch die Schramme am linken Auge, die er sich vom Halle holte, als er mit einer Granatenbirne vom höchsten Baum im Garten drach. Wissen Sie noch?“

„Ach, was weiß ich nicht noch alles!“ lagte Waldrich und lächelte seiner ehemaligen, ehrwürdigen Pflege-mutter die Hand, und bat auch bei ihr um Verzeihung, nie seit seiner Mündigkeit zum persönlichen Verlust gekommen zu sein. Er behauptete, es sei eigentlich nicht wirkliche Undankbarkeit gewesen, denn er habe oft mit ehrfürchtigster Erkenntlichkeit an dieses Haus zurückgedacht; noch weniger Weichtum und Gleichgültigkeit — aber er wisse selbst nicht, was ihm immer im Gemüte widerhanden habe, daß er nie nach Herbesheim zurückkehr möchte.

„Ungefähr wohl dasselbe,“ erwiderte leise die Mutter, „was die seligen Geister abhalten mag, sich nach dem Haupthaus ihres elenden Menschentums zurückzusehen. Sie waren in Herbesheim eine Waise und als Waise ohne Mutter und Vater, ein Fremdling. Das konnten wir Sie nie vergessen machen. Sie waren Knabe, abhängig, oft fehlbar. Es zogen Sie keine reizenden Kindheitserinnerungen an die Stadt, die mehr Ihre Schule als Vaterstadt gewesen ist. Sobald Sie frei. Jüngling. Mann geworden sind, fühlten Sie sich aller Dingen glücklicher, als Sie bei uns sein konnten.“

Waldrich blickte mit einer Träne im Auge auf die Sprecherin: „Ach, Sie sind noch immer die liebe Tochter, welche Mutter, wie sonst. Sie haben Recht.“

Es ist mir aber doch jetzt in der Tat heimlicher in Herbesheim, als ich selbst erwartet habe; und ich gestehe, der Gedanke meiner ehemaligen und liebsten Verhältnisse mag dazu etwas beitragen. Wäre ich nur früher gekommen! Geben Sie mir in Ihrem herrlichen Herzen die Rechte des Pflegesohnes wieder.“

Frau Bantes konnte auf die Frage nicht antworten, denn Herr Bantes trat rasch herein und sogleich zum Teetisch. Wie ihm Friederike erklärte, wer ihr Gast sei, stützte er, strecke dann läßlich die Hand gegen den Kommandanten und sagte: „Seien Sie mir sehr willkommen, Herr Waldrich. Waren ein Amt und sind mir ganz aus den Augen gewachsen, Herr Waldrich. Ja, nun heißt es nicht mehr Georg, sondern Herr Waldrich, aber wohl gar Herr von Waldrich und dergleichen? Sind Sie von Adel?“

„Nein.“

„Und der Bandzettel da im Knopfloch? Bedeutet nichts?“

„Dass ich mit meiner Compagnie eine feindliche Schanze nahm und gegen drei, vier Stürme sie behauptete.“

„Wieviel Mann kostete das?“

„Zwölf Tote und siebzehn Verwundete.“

„Also neunundzwanzig Menschenleben für eine Schießerei! Verdammte teure Ware, die der Fürst verbraucht und doch in jedem Kramladen um ein paar Kreuzer einhandelt. Sehen wir uns; trinken wir. Friederike, bedienel! Viel Beute gemacht? Wie stehen die Finanzen?“

Waldrich zuckte lächelnd die Achseln: „Wir zogen aber auch nicht der Beute willen ins Feld, sondern des Waterlandes willen, daß es nicht die Beute der Granaten bliebe.“

„Schön, schön. Ich liebe solche Gestirnungen, und es ist gut, daß man auch bei leeren Säcken darauf hält. Und Ihr väterliches Vermögen, sicher und solid angelegt?“

Waldrich ward rot und sagte dabei lächelnd: „Ich bin sicher, es geht mir nicht wieder verloren.“

Der tote Gast.

Raum war im Städthen laut geworden, wer der Kommandant sei, sammelten sich die alten Bekannten wieder zu ihm. Waldrich ward in alle Gesellschaften der besten Häuser gezogen, und er war in allen der

beste Gesellschafter, geistvoll, witzig, brav, ein angenehmer Erzähler, mit den Gelehrten gelehrt, mit den Kunstsfreunden Künstler; er zeichnete gut, spielte Flöte und Klavier mit Fertigkeit, sang allerliebst, und die Frauen und Männer gaben zu, er sei ein schöner, flüssiger, aber eben darum äußerst gefährlicher junger Mann. Was die Gefährlichkeit betrifft, wußte eigentlich keine der Schönern bei sich ins Klare zu bringen, ob er durch sein beispielloses Wesen die Gefahr vermindere oder verstärke.

Indessen war es eben damals im Städthen seiner Schwestern und seiner Häßlichen sehr darum zu tun, Gräber zu machen oder sich erobern zu lassen. Jede vielmehr verwahrte ihr Herz mit ungewöhnlicher Sorgfalt. Die Ursache dieser Enthaltsamkeit wird, wer nicht zu Herbesheim wohnt, oder die handschriftlichen Chroniken der Stadt kennt, schwerlich erraten; wer sie nun aber kennen lernen wird, schwerlich glauben; und doch ist sie unleugbar wahr, je unvorherscheinlicher sie ist.

Es war nämlich dieses Jahr die hundertjährige Jubiläum, oder Jammerseelen des sogenannten toten Gastes der besonders allen Bräuten in der Stadt ein böser Gesell zu sein schien. Niemand wußte genau, welch eine Beziehung es mit diesem Gäste habe. Über man erzählte sich es sei ein Gespenst, das alle hundert Jahre einmal in die Stadt Herbesheim komme, vom ersten Advent bis zum letzten Advent darin hausen, war kein Kind beteiligt, aber richtig lebend Braut den Hof mache und damit ende, ihr das Gesicht in den Norden zu brechen. Des Morgens finde man sie, das Unütz im Küchen, tot im Bett. Was dies Gespenst aber noch vor allen Gespenstern in der Welt ausschneidet, ist, daß es nicht etwa nur in der geistlichen Geisterkunde, nach alten Sitten und zwölf Uhr, sein Wesen treibt, sondern es soll am heiligen Tag in wahren Menschengehalt auftreten, ganz modisch wie andere Erdenköne gekleidet einhergehen. Überall hinkommen und sich einführen. Dieser Gast soll Geld vollaus haben, und, was das Wichtigste ist, wenn er keine Braut eines anderen findet, selbst die Gestalt eines Freiers annehmen, die armen Herzen der Mädchen begegnen, bloß um diesen nachher, wenn er ihnen mit Liebesgrüßen das Kopftuch ein wenig verrückt hat, des Nachts den Kopf umdrehen zu können.

(Fortsetzung folgt.)



# Entwicklung und Verwaltung Aues im Jahre 1923.

(Fortsetzung)

Für das städtische Wassernetz lagen hinsichtlich seiner Naturbedingungen im Berichtsjahre außerordentlich geringe vor, zunächst in Form allerjährlicher Niederschläge, dann eine Periode von außerordentlicher Trockenheit. Die Periode erfasst hat, ermöglicht es, in der 2. trog des Monats erfahrungsgemäß auftretenden äußersten Wasserknappheit leidlich durchzutragen, allerdings nur unter Aufopferung des Tiefpunktwerthes am Ende des Winters, das einen vollen Monat hindurch je 12 Stunden täglich, einen vollen Monat aber im Tag, und Hochbetrieb ordneten. Auch im übrigen wurden die Selbstkosten des Wasserwerkes ungünstig beeinflusst durch den Rückgang des Wasserverbrauchs, der im ersten Halbjahr durch die starken Niederschläge, in der späteren Zeit aber durch die eintretende wirtschaftliche Notlage, vor allem aber auch durch die Einschränkung des industriellen Verbrauchs und des Verbrauchs der Eisenbahn bedingt war. Die Anlagen des Werkes erfuhren Erweiterungen durch neue Anschlüsse, durch Verlängerung der Hauptleitung um 66 Meter, durch Errichtung einer zu schwach gewordenen Strecke des Leitungsnetzes in der Berger, Mittel-, Färber- und Osthäuser durch eine stärkere Hauptleitung und endlich durch Ausweitung einer Tonrohrstrecke der Wasserförderung des Eichert durch eine Stahlrohrleitung. Diese Neuanlagen sind aus laufenden Mitteln beschafft worden. Für die Fertigstellung der Blauenthaler Wasserförderungsanlage sind die Wege nunmehr fast völlig gegeben. Die Wiederherstellung stetiger Währungsverhältnisse dürfte auch nach den finanziellen und wirtschaftlichen Seite die Finanzierung dieses Werkes ermöglichen.

Von der schwierigen Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse im Berichtsjahre wurden vor allem auch das städtische Gas- und Elektrizitätswerk betroffen, die ja beide mit dem industriellen und gewerblichen Leben und dem allgemeinen Stande des Gewerbeverhältnisses so innig verbunden sind, daß jede Änderung auf jenen Gebieten auch in ihren Betriebsergebnissen in die Erscheinung tritt.

Beim Gaswerk war ein Rückgang der Erzeugung von 1 987 000 Kubikmeter auf 1 827 000 Kubikmeter, also eine Abnahme um 8 Prozent zu verzeichnen. In der ersten Jahreshälfte war die Entwicklung noch günstig, die Abnahme fällt ausschließlich auf den 2. Teil des Jahres. Hinsichtlich der technischen Verbesserung des Gaswerks ist zu bemerken, daß die Kammervorsofenanlage durch einen Umbau auf das Doppelvolumen der bisherigen Größe gebracht wurde, sobald nunmehr unter Aufgabe der alten Retortenanlage auch die technische Reserve des Werkes in der Kammervorsofenanlage enthalten ist. Der wirtschaftliche Aktionsradius des Werkes wurde durch Ausdehnung der Gasversorgung auf die benachbarte Gemeinde Auerhammer erweitert und für diesen Zweck die Hauptgasrohrleitung um annähernd 1500 Meter verlängert. Ähnliches wie für das Gaswerk gilt für das Elektrizitätswerk; die Stromabgabe sank von 1 981 000 auf 1 789 000 Kilowattstunden. Das ist eine Abnahme von annähernd 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch hier verteilt sich die Abnahme sowohl auf die Industrie und das Gewerbe wie auf den Kleinverbrauch und entspricht hauptsächlich auf die sehr ungünstige 2. Hälfte des vergangenen Jahres. In technischer Beziehung ist bemerkenswert, daß das neue Umspannwerk der Schneeberger Straße im April fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde und daß dadurch die Leistungsfähigkeit des gesamten Stadtnetzes ganz erheblich und für eine lange Zeit ausreichend verbessert worden ist. Einige Teile des Stadtnetzes wurden verstärkt und ausgebaut. Die Annahme der Anschlüsse war relativ gering und betrug etwa 8 Prozent der bestehenden Anschlüsse. Sowohl das Gaswerk wie das Elektrizitätswerk hatten besondere Schwierigkeiten infolge der Geldentwertung zu bestehen, weil nach den Herkommen ihre Leistungen Vorausleistungen waren, während andererseits die Zahlungen früher regelmäßig erst nach Monatsfrist eingehoben wurden. Verschiedene Zahlungsperioden und höhere sprunghafte Erhöhung der Preise vermochten nicht die Schäden zu vermeilen, die aus der Geldentwertung für beide Werke erwuchsen. Als endlich die Einführung des

Gutscheinssystems den Verhältnissen einigermaßen Rechnung trug, trat bald die Stabilisierung der Währung ein, die wieder ordnungsmäßige wirtschaftliche Verhältnisse anbahnte. Außerdem konnte mit der Herabsetzung des Gaspreises begonnen werden. Sie wird vermutlich in kurzen fortgesetzten und auch auf das Elektrizitätswerk übertragen werden können. Erfreulicherweise machen sich die Wirkungen dieser Maßnahme und der geringen Besserung der Wirtschaftslage in einer Zunahme der Übergabe von Gas bereits bemerkbar.

Noch mehr als das Gas- und Elektrizitätswerk litt unter der wirtschaftlichen Lage der städtischen Schlacht. In der Viehhof. Wenn sich auch bis zum Sommer Auftrieb und Schlachtungsziffern leidlich entwickelt hatten, so ging doch seit etwa Mitte des Jahres die Beschäftigung des Schlachthofes außerordentlich zurück und in den Spätwintermonaten war es ja, weil die Landwirtschaft ohne wertbeständiges Geld Vieh und sonstige Produkte nicht abgab, überhaupt kaum möglich, hinreichend Vieh für Versorgung des städtischen Bedarfs zu beschaffen. Dazu kam, daß die Einkommensverhältnisse in weitesten Kreisen der Bevölkerung die Beschaffung von Fleischfleisch nur noch ganz ausnahmsweise ermöglichten. Dagegen nahm, jedenfalls auch unter dem Einfluß dieser Verhältnisse, die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren, insbesondere aus dem Auslande, einen ungeahnten Umsatz an. Gefreierfleisch von Rind, Schwein und Schaf, ebenso Speck und Schweinefleisch ging in bedeutenden Mengen ein, so z. B. rund 68 000 Kilogramm Rindfleisch, 39 000 Kilogramm Schweinefleisch, 72 000 Kilogramm Speck, 35 000 Kilogramm Schmalz. Durch die günstige Lage und die zweckentsprechende Einrichtung unseres Schlachthofes wurde Aue wieder zu einem Art Mittelpunkt für Fleisch- und Fettversorgung für den größeren Teil unseres westlichen Ergebißes. Auch das Kühl- und Gefrierhaus mußte wieder in Betrieb gesetzt werden. Während der Sommerszeit wurde die Eisbereitungsanlage des Schlachthofs stark in Anspruch genommen. Sie erbrachte, da der vergangene Winter nur eine schlechte Eisernie ergeben hatte, der heiße Sommer aber starken Bedarf nach Eis weckte, befriedigende Einnahmen für den Schlachthofbetrieb. Über Marktbeschaffung und Schlachtungen folgten folgende Rüffern Rückschluß geben:

Um den alljährlichen Viehmarkten wurden zum Verkauf gestellt: 1519 Rinder (202), 837 Kalber (169), 634 Schafe (778), 3709 Schweine (4868). — Geschlachtet wurden 1088 Rinder (1528), 2687 Schweine (2064), 1071 Kalber (1047), 281 Schafe (411).

Der Schlachthof hat mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung den Beamten- und Arbeiterschlafplatz auf das äußerste Maß abgebaut und ist den reichsgepflegten Vorschriften sogar zuvorgekommen.

In neuester Zeit hat sich die Beschäftigung des Schlachthofs mit Vieh ebenso wie der Verfuhr derselben durch die Fleischer nicht bloß der heimischen Stadt, sondern einer weiteren Umgebung wesentlich gehoben. Die Viehprixe und Fleischpreise ermöglichen wieder einen stärkeren Konsum. Es kann nochmals wieder eine Befreiung der Verhältnisse erwartet werden.

Eines lebhaften Betriebes erfreute sich während des ganzen Jahres die städtische Speisewirtschaft. Sie war vielleicht bis an die äußersten Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Die Gäste mußten, weil die Räume nicht ausreichten, in drei Wechselschichten bedient werden. Im ganzen sind 89 400 Mahlzeiten verabreicht worden. Überdies wurden in den Räumen und mit dem Personal dieser Speisewirtschaft auch die Quäker und die Suppenanstaltung durchgeführt. Die Speisewirtschaft arbeitet insofern gemeinsam, als sie nicht auf Erzielung irgendwelchen Verdienstes eingestellt ist. Soweit allerdings Mittagsessen gegen Entgelt abgegeben wird, muß sie wenigstens die Selbstkosten decken und damit für die Stadtgemeinde ohne Zusatzbleib.

Der Betrieb der städtischen Badeanstalten lag im Berichtsjahre nicht allzu günstig. Die Wannenbäder in der Oberrealschule arbeiteten mit erheblichen Rückschlägen, da man kaum in der Lage war, durch stetige Preiserhöhungen dem raschen, sprunghaften Anwachsen der Selbstkosten Rechnung zu tragen. Die erste durchgreifende Preiserhöhung aber hatte einen starken Rückgang der Benutzung im Gefolge, sobald das Bad geschlossen wurde, sobald das Badeamt zur Eröffnung kam. Das Wannenbad in der Oberrealschule wird demnächst probeweise wieder eröffnet werden. Für das Sommerbad war die Witterung nicht recht günstig. Die erste Zeit nach der Eröffnung brachte dauernde Niederschläge, die letzte Zeit aber sehr helle Temperatur. Immerhin aber war

durch viele Wochen das Sommerbad an der Holzentrumsseite des Schenlags lustigen, lebendigen Betriebs, besonders der Jugend und jedenfalls auch in diesem Jahre wieder ein Mittel gesundheitlicher Erholung für weit kreis um unsere Einwohnerstadt.

Die Tätigkeit des Ernährungssamtes und des Ortsförsters stellte gering in diesem Jahr ihrem Ende zu. Das Ernährungssamt hatte anfangs noch die Brotd- und Mehlsversorgung inne, die im Herbst abgebaut wurde. Das Gleiche geschah mit der öffentlichen Kohlenbewirtschaftung. Eine eigene Kohlen- oder Brüderversorgung in städtischer Regie ist von der Stadtgemeinde im vergangenen Jahr nicht geführt worden. Nur die Holzversorgung erfolgt, weil nach den Bestimmungen der Sächs. Staatsforstverwaltung den Gemeinden in bevorzugter Weise Brennholz geliefert wird, noch durch die Stadtgemeinde.

Zu den ältesten und bewährtesten Einrichtungen der modernen deutschen Gemeindewirtschaft gehören die Sparkassen. Sie haben durch den Währungsverfall einen verächtlichen Schlund empfangen. Denn wenn nicht noch eins Auflösung der Hypotheken durch reichsgepflegte Regelung mit rückwirkender Kraft erfolgt, so müssen die Einlagen zum allergrößten Teil als verloren gelten, wenigstens repräsentieren sie dann in der Mehrzahl aller Fälle beträchtlich niedrige Beträge, daß sie in Rentenmark oder Rentenmarken gar nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Die ungeheure Einbuße des wohlverdienten Vertrauens, dessen sich früher die Sparkassen erfreuten, wird nur sehr allmählich und in langer Zeit wieder zu erwerben sein. Früher waren durch wenige Zahler die Entwicklungsvorhersagen der Sparkassen und Girokassen darzustellen. Für das vergangene Jahr empfiehlt es sich, von Zahlengaben überhaupt abzusehen, sie bedeuten ja beinahe für jeden Tag einen anderen Wert und lassen kein klares Urteil über die wirkliche Lage zu. Ein solches ist erst wieder möglich seit der Einführung von Rentenmarkkonten in Spar- und Girokasse.

Der Rentenmarkverkehr ist seit November vorigen Jahres in Gang. Die Zahl der Konten nimmt wieder erfreulicherweise zu, während die Papiermarkkonten bei der Girokasse zurückgehen und wohl dem allmäßlichen Abbau unterliegen werden. Wie die Sparkassen, so haben auch die Girokassen gewaltigen Schaden durch die Geldentwertung erlitten. Ihre Bestände und Reserven unterlagen dem durch die Entwicklung bedingten Verlust. Ungeheuer war die Arbeit, die der Girokasse im Laufe des Jahres zugemutet worden ist. Sie war so groß, daß sie bei einem so stark wie möglich vermehrten Personal und bei einer fast täglichen Ausdehnung der Arbeitszeit bis in die tiefste Nacht kaum beendet werden konnte und doch war sie unentbehrlich für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Es kann ohne Übertreibung behauptet werden, daß die Girokassen in dieser Zeit eine äußerst wichtige Funktion für Aufrechterhaltung von Handel und Wandel geleistet haben. Seinerzeit haben sie freilich darüber noch keine Kenntnis, wohl aber die allergrößten Anstrengungen, wenn im Orange der Geschäfte sie und da ein Mangel oder Fehler sich eingeschlichen hatte. Wer die Sache unbereinigtommen überprüft, wird aber zugeben müssen, daß sich in diesen Zeiten, wo neben den ungeheuren Mengen und den hunderterlei Arten von Reichsgeld, auch noch Staatsgeld, Gemeindebgeld, Bezirksgeld und eine Unmenge von privaten Unmeisungen als Umlaufsmittel zirkulierten, die Girokassen sowohl um die Allgemeinheit, wie um die Inhaber von Konten erhebliche Verdienste erworben haben. Man kann hoffen, daß nach Wiedereinführung von steigigen Währungsverhältnissen auch die alte gewohnte und stetige Entwicklung der Spar- und Girokassen wieder Platz greifen wird und daß die Spar- und Girokassen wieder die Stellen werden, in denen das örtliche Sparkapital zusammenfließt, um dem örtlichen Kreditbedürfnisse, vor allem der Belebung des heimischen Wohnungsbau und Grundstücksmarktes zugeführt zu werden. Hierin liegt jedenfalls eine wirtschaftliche Funktion von allergrößter Bedeutung, die auf die Dauer für die Entwicklung der kleineren und mittleren Orte keinesfalls entbehrt werden kann.

Wenn der vorstehend gegebene Bericht für die Gestaltung der städtischen Dingz im Jahre 1923 recht wenig erfreuliche Folge aufweist, so möchte zum Schluß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß doch der Tiestand erreicht und bereit überwunden ist und daß nunmehr in der Hoffnung auf eine baldige Reaktion und Festigung der außerpolitischen Lage des Reichs ein sicherer Wiederaufstieg Schritt um Schritt dem früheren Hochstande entgegen sich anbahnen wird.

## Sonderangebot!

Keine Kernseife 62,63 % per kg Mark 0,90  
Eisenseife . . . . . 0,85  
Haushaltseife . . . . . 0,50  
Windstoffsabre 1 Gr. Musterpostspat 5.— M. Vereinsend.  
Gefangenhandlung Groß Kappler, Baunen.

## Wissen ist Macht!

Neue Kurse der Volkshochschule:

Kant; Revolution und Reaktion; Heimatliteratur; heitere Dichtungen; Tanzkreis; Chor; Abstammung des Menschen; Englisch; Spanisch; Französisch; Buchstabenrechnen.

## Tauschermühle b. Aue. Morgen 7 Uhr ab keine Reunion.

Welcher Kaufmann liefern wir?

## Schuhwaren, sowie Militäristiefel?

Angebote mit höherem Preis an  
hängt, Schuhwarengroßhandl. Chemnitz,  
Leipziger Str. 14. Telefon 9088.

## Junges Studenten sucht ein gut möbliertes Zimmer

Wir sofort unter 1. Gebrauch.  
Angebote unter A. C. 246 an das Auer Tagblatt erbeten.

## Crude!

Die junge Dame im grauen Kleid mit Pelzbesatz u. weißem Hut mit schwarzen Streifen, welche am Sonntag, 20. Jan., zwischen 7 u. 9 Uhr abends in Aue im Hauses Nach ist, wird von dem Herrn, der an dem erhöht stehenden Tisch hinter ihr sitzt, höchst gebeten, ihm ihre Anschrift wissen zu lassen unter Adresse A. C. 250 durch die Gesellschaft, d. Bl.

## Fahrradgummi

Mäntel 2,25 prima Dual. 3,65 u. 4.— extra prima 4,25 u. 5.—

## Gürtel

extra prima 1,20 u. 1,25

## Gebagsbeden prima 5.—

extra prima 5,50 u. 5,85

## • Fahrräder •

Büro — Ratgeber gratis.

Emil Levy, Hildesheim 96.

## Rinderlutsche

zu verkaufen. Carolastr. 8, III.

Für sehr guten Haushalt

## älteres besserer Haushäufchen,

weichen auch etwas haben kann, für 1. Gebrauch.

Angebote mit nur guten Gewissen erbeten an

Gran Müller, Gimbsch 1. Gc., Karlsstraße 22.

## Lüchtiger Dvaldreher,

der auch im Deutschen bewandert ist, sowie ein tüchtiger

## Hammerarbeiter,

möglichst gelernter Kupferschmied,  
für seine Hotel- und Tafelgeräte in dauernde  
Beschäftigung für sofort gesucht.

## Sächsische Metallwarenfabrik

August Wellner Söhne, Aue.

## Jüngerer Mann

für leichte Schreibarbeit im Verband  
zum sofortigen Unterritt gesucht.

## Metallwarenfabrik C. J. Hirschreiter & Co.,

Aue.

## Tüchtige Korsett näherinnen,

sowie eine Bernette für Leben, nicht unter 16 Jahren.

sofort gesucht

Korsettkaus Aue, Schön-Pappi-Straße 4.

## Ein tüchtiger Schlosser

der auf Blechkarosserien selbständig arbeiten kann,  
für sofort in Zwicker  
Gegend gesucht.

Angebote unter A. C. 247  
an das Auer Tagblatt.

## Jung. Mädchen als Aufwartung

für Vormittag gesucht.  
Hermann Lüding  
Bahnstraße 27.

## 3500 Goldmark

für neu erbautes Wohnhaus  
auf 1. Hypothek gesucht.  
Doppelte Sicherheit.

Angebote unter A. C. 256  
an das Auer Tagblatt erb.

## Metallbetten,

Stahlmatratzen, Kinderbetten,  
Kinderbetten, Bett 74 U-fach.  
Gummibettdecken Gubl (Zub.).